

**Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf**

**Das  
Modell Marburg-Biedenkopf**

*Willkommenskultur im ländlichen Raum leben und gestalten*

*Impulsvortrag von Marian Zachow, Erster Kreisbeigeordneter*



## Land, Kreis & Gemeinden stehen gemeinsam in der Verantwortung

- Rechtsgrundlage:
- § 1 Landesaufnahmegesetz (LAG) Aufnahmepflicht: **(1) Die Landkreise und Gemeinden sind verpflichtet**, folgende Ausländerinnen und Ausländer aufzunehmen und unterzubringen ...
- Zuweisung: § 2 (1) Die Aufnahmequote der Landkreise und kreisfreien Städte wird durch Rechtsverordnung der Landesregierung bestimmt; dabei soll insbesondere die **Einwohnerzahl** berücksichtigt werden. **§ 2 (2) Satz 2: Die Zuweisung an die kreisangehörigen Gemeinden obliegt dem Kreisausschuss.**
- Unterbringung: § 3 (1) S. 1: **Die Landkreise und Gemeinden sind verpflichtet, die nach § 1 aufzunehmenden Personen in Unterkünften, die einen menschenwürdigen Aufenthalt ohne gesundheitliche Beeinträchtigung gewährleisten, unterzubringen.** Die Unterbringung kann in Gemeinschaftsunterkünften oder in anderen Unterkünften erfolgen.
- Erstattung von Aufwendungen: § 7 (1) Die den **Landkreisen und Gemeinden entstehenden Aufwendungen** für die Aufnahme und Unterbringung von Personen nach § 1 werden **in Form von festen Beträgen nach der Anlage abgegolten** (520,97 € / Monat). Ab 01.01.2015 wird die Pauschale um 15 % erhöht.

### 3 Aktuelle Situation

#### 2013

	Soll	Ist
1. Halbjahr	134	152
2. Halbjahr	272	272
Summe	406	424

#### 2014

	Soll	Ist
1. Halbjahr	259	218
2. Halbjahr	406	274 (bis 10.11.14)
3. Rückstand aus Vorjahren	192	
Summe	857	

 **z. Zt. wöchentliche Zuweisung  
von 30 - 40 Personen**

# Erkenntnisse

4

- Zahlreiche Vertriebene sind in den Nachkriegsjahren hierher gekommen und haben die Region geprägt.**
- Viele größere und kleinere Unternehmen sind von Flüchtlingen gegründet und geprägt worden.**
- Der erfolgreiche Industriestandort Marburg-Biedenkopf wäre ohne die Arbeitsmigration der 60er und 70er Jahre nicht denkbar.**
- Dadurch leben auch in kleinen und mittleren ländlichen Städten und Gemeinden Menschen aus vielen Herkunftsländern gut zusammen.**
- Auch die Integration der Zuwanderer aus Osteuropa in den 80er und 90er Jahren ist gut gelungen.**
- Die Internationalität der Uni und der weltweit vernetzten Industriebetriebe schafft Weltoffenheit.**

# Unser Leitbild

- Die Menschen, die als Flüchtende hierherkommen, sollen unseren Landkreis positiv erleben.
- Aufenthalt und Integration werden konsequent zusammengedacht.
- Aktive Teilhabe soll von Anfang an ermöglicht werden.
- Wir brauchen Willkommenskultur, weil wir die Menschen auch langfristig von Marburg-Biedenkopf begeistern wollen.
- Willkommenskultur braucht aber auch Offenheit und Dialogkultur für alle Sorgen und Ängste und verlangt intensive Kommunikation und Rücksichtnahme.

## 6 Leitsätze Modell Marburg-Biedenkopf

- **Integration statt Isolation**
- **Dorf statt draußen**
- **Kooperation statt Konfrontation**
- **Normalität statt Notquartier**
- **Vernetzen statt verwalten**
- **Perspektiven statt Probleme**

## Integration statt Isolation

- Um wirklich Teilhabe zu ermöglichen, hilft die Nähe zum Alltagsleben, zum Miteinander vor Ort.
- (Abgelegene) Massenunterkünfte hingegen begünstigen eher Ausgrenzung und Isolation.
- Deswegen gilt:
  - Unterkünfte mittendrin statt abgelegen.
  - Ziel ist ein guter Mix aus GUs, Wohnungen, WGs
  - keine Gemeinschaftsunterkünfte > 100 Personen.
  - ideale Größe für Gemeinschaftsunterkünfte: 20-70
  - Wohnungen und WGs möglichst nah am Alltagsleben

# Dorf statt Draußen

- **Unsere Erfahrung ist, dass Miteinander und gesellschaftliche Teilhabe in kleinstädtischen und dörflichen Strukturen leichter fallen.**
- **Deswegen schaffen wir Unterkünfte (Gemeinschaftsunterkünfte, Wohnungen, Wohngemeinschaften) selbst in kleinen Gemeinden und auch in kleinen und kleinsten Dörfern.**
- **Die Nähe zu den Menschen vor Ort kompensiert die schlechtere Infrastruktur.**
- **Fehlende Angebote für Einkauf und Freizeit werden durch (ehrenamtliche) Hilfe ausgeglichen.**



## **Kooperation statt Konfrontation**

- **Integration und Willkommenskultur braucht den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger und der Städte und Gemeinden.**
- **Deswegen**
  - **Freiwilligkeit statt Zuweisung an Gemeinden**
  - **Unterkünfte nur in Einvernehmen mit Kommune.**
  - **Rücksicht auf Einwohnerzahl der Gemeinden**
  - **Bei neuen Unterkünften: Bürgerversammlungen**
  - **Werben um ehrenamtliche Hilfe vor Ort**

## Normalität statt Notquartier

- **Gerade nach der Not der Flucht ist Normalität eines der wichtigsten Anliegen.**
- **Wir werben deswegen um Einbindung in normale Aktivitäten vor Ort (Vereine, Kirchen, Dorfkultur).**
- **Eigenverantwortung soll praktiziert und gelebt werden.**
- **Vor allem aber ist das Leben in Wohnungen & Wohngemeinschaften ein Beitrag zur Normalität.**
- **Deswegen werben wir um Wohnungen & Häuser, vor allem in ländlichen Städten und Gemeinden.**
- **So soll auch dem Leerstandsproblem in einigen Orten eine sinnvolle Nutzung entgegengesetzt werden.**

## „40 x 5 ist besser als 200“

- Wir werben gezielt um Häuser und Wohnungen.
- Städte und Gemeinden sollen ihre Kenntnisse vor Ort nutzen und gezielt Besitzer ansprechen.
- Um Betreuung und Aufwand sinnvoll zu gestalten, sollten immer mindestens 2-3 Wohnungen für 10-15 Personen zusammengefasst vermietet werden.
- Die Stadt/Gemeinde bündelt mehrere Wohnungen und vermietet an Landkreis (Verwaltungsvereinbarungen).
- Der Kreis verpflichtet sich zur langfristigen Anmietung (bis 5 Jahre) und übernimmt Kosten bei Nichtbelegung.
- Differenz zwischen ortsüblicher Warmmiete und üblichen Tagessätzen kann in Projekte für Integration fließen.

# Beispiel Modell Marburg-Biedenkopf



Einfamilienhaus, 100m<sup>2</sup> Wohnfläche

ortsübliche  
Kaltmiete

100 x 5,50  
550 €

Energie

Versorgung

Versicherung

Möbel

Hausrat

Personal

Integration

weitere  
Kosten

frei verhandelbar  
zwischen Gemeinde  
und Vermieter

Entschädigung  
Landkreis

6 Personen /  
9,50 €/Tag  
1710 €

## 13 Normalität gestalten: Wohn-Standards

*„Vermieten Sie nur, wenn Sie selber einziehen würden!“*

- Wohnungen müssen frei von Gesundheitsgefährdungen sein und angemessene Wohngröße haben.
- Sowohl Ein-Zimmer-Wohnungen als auch ganze Häuser sind möglich.
- Wir erwarten eine ordentliche, aber nicht luxuriöse Ausstattung.
- Sanitäre Anlagen müssen ausreichend und ansprechend sein.
- Ordnungsgemäße Beheizung, Warmwasser usw. muss stets gewährleistet sein, Reparaturen sind zügig vorzunehmen.
- Haus muss gegen unerwünschten Zutritt von außen abschließbar sein.
- Gemeinschaftsräume mit TV sind wünschenswert.
- Wohnungen müssen möbliert und mit notwendigen Gebrauchsgegenständen (Geschirr, Handtücher usw.) ausgestattet sein.
- Es müssen zureichend Kochgelegenheiten vorhanden sein, ebenso Waschmaschine und notwendige technische Geräte.
- Ein Ansprechpartner für technische Probleme muss zur Verfügung stehen.
- hilfreich ist, wenn diese/r Freude am Umgang mit Menschen hat.

# Normalität gestalten: Betreuung

## Schwierigkeiten:

- ☞ fremde Sprache
- ☞ Lebensgewohnheiten
- ☞ Rechtssystem
- ☞ andere Welt
- ☞ Traumatisierung
- ☞ Abschiebeangst

## Unsere Sozialarbeiter kümmern sich um:

- ☞ Einchecken
- ☞ Kontoeröffnung
- ☞ Konflikte
- ☞ ÖPNV-Nutzung
- ☞ Sprachkurse
- ☞ Erstversorgung (Einkauf...)
- ☞ Behördengänge
- ☞ Arztbesuche /Psychologie
- ☞ Kindergarten, Schule
- ☞ Arbeit & Wohnungssuche

- Leider ist nur eine Betreuungsrelation 1: 150 möglich.
- Durch Vernetzung zwischen Asylleistung, Ausländerbehörde und Sozialarbeitern wird jedoch die Betreuung verbessert.
- Ergänzend sind ehrenamtliche Akteure vor Ort aktiv.

## Normalität in besonderer Not

- Für alleinstehende Frauen mit schlimmen Fluchterfahrungen hat der Landkreis eine kreiseigene Wohnung für eine Frauen-Wohngemeinschaft zur Verfügung gestellt, die als besonderer Schutzraum dient und von einem Netzwerk im Dorf unterstützt wird.



## Vernetzen statt verwalten

- **Unsere Verantwortung endet nicht mit der Unterbringung.**
- **Wir werben um ehrenamtliche Unterstützung und begleiten diese professionell (Schulungsangebote)**
- **Sowohl auf Kreisebene als auch vor Ort werden Runde Tische & Netzwerke initiiert.**
- **Die Fachbereiche der Verwaltung kooperieren miteinander zum Wohl der Flüchtlinge: Schul- und Gebäudemanagement; Büro für Integration, Ordnung und Verkehr, Kreisjobcenter, Regionaler Nahverkehrsverband, Wirtschaftsförderung u.v.m.**
- **Unermüdlich werben wir um freie Träger, die sich unterstützend beteiligen.**
- **Für die Dorfgemeinschaften, ehrenamtlichen Netzwerke usw. erarbeiten wir einen „Ratgeber für Integration von Flüchtlingen“.**



## Perspektiven statt Probleme

- Unser Ziel ist es, den Flüchtlingen eine langfristige Perspektive in Marburg-Biedenkopf aufzuzeigen.

### Deswegen...

- planen wir die Kombination von Sprachkurs und Arbeitsmarktprojekten für Flüchtlinge, um die Arbeitsmarktintegration zu erleichtern.
- denken wir über Willkommenswochen nach.
- Wollen wir Unternehmen, Kammern, Arbeitsagentur und andere für Willkommens-Zusammenarbeit gewinnen.
- überlegen wir, wie Beteiligung und Mitbestimmung der Flüchtlinge organisiert werden kann.
- Planen wir zielgerichtet Spendenaktionen, z.B. für „Schulstarterpakete“



# Erfahrungen und Grenzen

- **Dezentrale Unterbringung in Wohnung ist erfolgreich, sorgt für große Zufriedenheit und aktiviert ehrenamtliche Ressourcen.**
- **Teilweise stößt die ländliche Unterbringung aber auch auf Kritik bei den Bewohnern.**
- **Das dezentrale Modell lässt sich nicht immer optimal mit anderen Strukturen kombinieren, besonders etwa bei der Schulorganisation.**
- **Das erfolgreiche Modell ist aufwendiger als andere. Nur mit Hilfe der Kommunen und Bürger/innen kann es so fortgeführt werden.**
- **Wir sind darauf angewiesen, dass von den Seiten der zuweisenden Behörden besonders auf die speziellen Bedürfnisse der Unterbringung nach dem Modell Marburg-Biedenkopf eingegangen wird.**
- **Die dezentrale Unterbringung macht die sozialarbeiterische Betreuung arbeits- und kostenintensiver. Eine zweckgebundene Unterstützung für Sozialarbeit durch das Land wäre hilfreich.**
- **Die vergleichsweise hohen Mietpreise für die Anmietung von Wohnungen für Flüchtlinge führen teilweise zu Problemen bei der Wohnungssuche von anerkannten Asylbewerbern.**
- **Unser Modell findet seine natürlichen Grenzen in der Begrenztheit des vorhandenen Wohnraums.**
- **Das Modell ist nur dort umsetzbar, wo leerstehender Wohnraum zur Verfügung steht – und deswegen nur begrenzt übertragbar.**

- **Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.**

